

Die Wieslocher Revolution vor 100 Jahren

Ein Aufstand der Wärter in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch und seine Folgen

Am 9. Januar 1919 demonstrieren mehrere dutzend „Wärter“ der damaligen „Großherzoglichen Badischen Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch“, dem heutigen Psychiatrischen Zentrum Nordbaden, gegen die dort vorherrschenden schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Neben Forderungen wie der Einführung des 8h-Tages für das gesamte Anstaltspersonal und einer staatlich geregelten Ausbildung für Krankenpflege verlangen sie die Absetzung des Direktors und des Oberwärters. Die Demonstration vom 9. Januar ist der Höhepunkt eines Aufstandes, der nicht nur in der Anstalt selbst, sondern bis ins badische Innenministerium über Monate hinweg für Unruhe sorgt.

Schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Arbeitsbedingungen in der 1905 eröffneten Heil- und Pflegeanstalt sind gerade für Wärterinnen und Wärter von Beginn an sehr schlecht. 80-Stunden Woche, nur 1 freier Tag alle 2 Wochen, strenge Ausgangsregeln, Bestrafungen für Verfehlungen wie z.B. nächtliches Lichtbrennen lassen sowie Kost- und Logiszwang bestimmen den Alltag. Junge Wärterinnen verlieren ihre Arbeitserlaubnis, wenn sie heiraten, da man ihnen abspricht, dass sie ihre Liebe zwischen Ehemann und Kranken aufteilen können. Sie leben deshalb sprichwörtlich zusammen mit den Kranken in den Mansarden der Krankenhäusern, sind fast unmündig und verbleiben nur wenige Jahre im Beruf. Das gesellschaftliche Ansehen des Wartberufs ist im Gegensatz zur meist christlich organisierten Krankenpflege geprägt von Abneigung und Abscheu, sie stehen auf einer sozialen Stufe mit Laufburschen oder Prostituierten, der Verdienst ist gering.

Der erste Weltkrieg verschlimmert die Verhältnisse in der Anstalt zu aller erst für Patienten, aber auch für das Personal. Insbesondere die Nahrungsmittelknappheit und die Kohlennot machen sich extrem bemerkbar. Die Sterberate unter den Kranken steigt vor allem in den letzten beiden Kriegsjahren deutlich an. 1918 grassiert auf der Frauenseite die spanische Grippe, fast alle der über 120 Wärterinnen erkranken, 15 von ihnen sterben an den Folgen.

Der Ausbruch der Revolution in Wiesloch

Nach dem verlorenen 1. Weltkrieg kommt es in Deutschland zur Novemberrevolution. In Kiel verweigern die Matrosen die Ausfahrt, in München wird die Räterepublik ausgerufen, in nahezu allen großen Städten bilden sich Arbeiter- oder Soldatenräte. Die Amtsstadt Wiesloch wird kurzfristig vom Arbeiterrat der Stadt Walldorf aus regiert, in vielen Städten in der Umgebung, wie z.B. in Mannheim oder Heidelberg-Kirchheim demonstrieren die Arbeiter gegen die ausbeuterischen Bedingungen in den Fabriken. Dieser revolutionäre Funke überspringt sehr früh auch die „hohen Mauern“ der Wieslocher Anstalt, die zu dieser Zeit geprägt von Isolation und Abschottung zur Außenwelt ist. So stellen bereits am 30. November 1918 eine Kleingruppe von Wärtern insgesamt 20 Forderungen zur Verbesserung der Verhältnisse in der Anstalt an die Direktion:

„Ende 1918 bald nach der Revolution machten sich unter dem Personal die Folgen der politischen Unruhen geltend. Teils durch einige Feldgraue, teils durch unruhige Köpfe in der Anstalt selbst, teils durch auswärtige Agitatoren gedrängt, wurden vom Personal weitgehende Forderungen auf größere persönliche Freiheit gestellt, auf Diensterleichterungen und hauptsächlich auf mehr Freizeiten gestellt... Im Dienst ergaben sich jetzt schon immer größere Unzulänglichkeiten.“

(Aus dem Jahresbericht 1918 der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, Max Fischer)



Krankenwärter der Anstalt in Dienstuniform (um 1920).

Höhepunkt des Wieslocher Aufstandes

Am 9. Januar 1919 gipfelt die revolutionäre Stimmung in einer Demonstration von mehreren Dutzend ausschließlich männlichen Wärtern, die über das Anstaltsgelände ziehen und vor dem Wohnhaus des Direktors sowie dem Verwaltungsgebäude ihre Forderungen lautstark kundtun. Einen Tag später verfassen sie einen von insgesamt 86 Wärtern unterzeichneten Brief an das badische Innenministerium, in welchen sie insgesamt 20 Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse formulieren.

Die Forderungen im Einzelnen

Eine drastische Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, bis dato mehr als 12 Stunden und mehr, stellt dabei die Hauptforderung dar. Die Wieslocher Wärter fordern die Einführung des 8-Stunden-Tages, ähnlich wie es auch die Arbeiter in den Fabriken fordern.

Nicht unbedeutend war der Ruf nach Einführung einer staatlich geprüften Ausbildungsverordnung, um einerseits die Professionalität der „Irrenpflege“ zu steigern und andererseits den Wärtern und Wärterinnen mehr Arbeitsrechte einzuräumen.

Forderungen wie 52 mehr freie Tage pro Jahr, die selbstständige Einteilung der Schichten, zielen vor allem auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ab, eine deutliche Gehaltsaufbesserung sowie die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sollen die Lebensbedingungen für die Bediensteten verbessern, die auf Grund dessen in den Anstalten wohnen müssen und auch von ihr versorgt werden.

Besonderes Merkmal des Wieslocher Aufstandes

Die am 9. Januar demonstrierenden Wärter verlangen zudem die Absetzung des Anstaltsdirektors Dr. Max Fischer sowie des Oberwärters Franz Neubeck, da sie den Führungsstil der Klinikleitung als unfair und autoritär empfinden. In der Anstalt Wiesloch gab es seit Eröffnung der Anstalt im Jahr 1905 immer wieder Schwierigkeiten in



Dr. Max Fischer, Anstaltsdirektor von 1905 bis 1927.

Bezug auf Personalgewinnung und Erhalt, bereits 1913 und 1915 wurden Beschwerden der Wärter über den autoritären Führungsstil der Wieslocher Direktion beim badischen Innenministerium eingereicht.

Der Klinikleitung muss die neuerliche „Meuterei“ besonders peinlich gewesen sein, im Jahresbericht 1919 geht Anstaltsdirektor Fischer nur lapidar auf die Aufstände im Januar ein, sucht die Gründe beim „unstatthaften Personal“ und macht den Einfluss sozialdemokratischer Kräfte mitverantwortlich.

Unruhiges Frühjahr 1919

Die unruhige Stimmung in der Anstalt hält über Monate bis in den Sommer hinweg an. Das Personal nutzt die neu gewonnenen Freiheiten während des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in der noch jungen Republik. Sie setzten sich dabei über die Hausordnung hinweg, verstoßen gegen die gebotene Sittlichkeit, kommen verspätet zum Dienst, weigern sich vor 7h ihren Dienst zu beginnen oder verlängern eigenmächtig ihre Mittagspause. Anstaltsdirektor Fischer beklagt sich derweil über abends nicht „nach Hause“ kommendes Personal, mangelnde Gehorsampflicht, unstatthaftes Verhalten insbesondere des weiblichen Personals, welches nächtlichen Besuch aus der Stadt empfängt, sowie Nichteinhalten der Arbeits- und Pausenzeiten. *„Die Kranken leiden unter der Deroute“ (Aus dem Jahresbericht 1919, Max Fischer).*

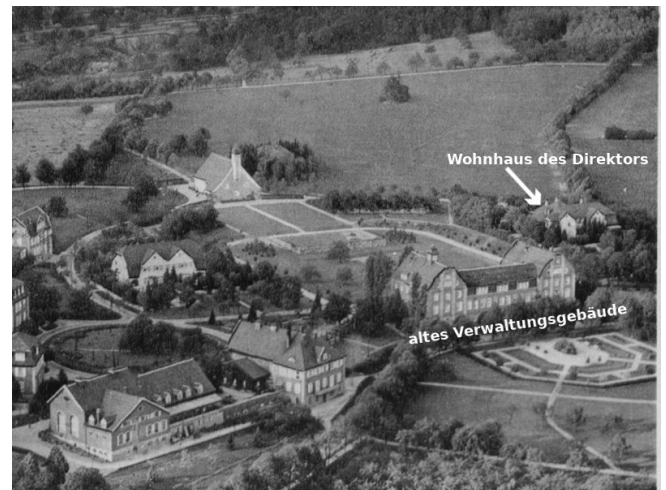
Am 6. Mai 1919 wird unter allen Wieslocher Bediensteten eine Umfrage durchgeführt, in der sich 237 der 450 der Mitarbeitenden, also knapp mehr als die Hälfte, für die Absetzung der Klinikleitung aussprechen.

Erst in den Sommermonaten beruhigt sich die Situation allmählich und es kommt wieder zu einem geregelten Anstaltsbetrieb, „die besonnenen Kräfte gewinnen wieder die Oberhand“ (Zitat aus dem Jahresbericht 1919).

Zwei Besuche des Innenministers Remmele tragen zur Beruhigung bei, erste Verbesserungen der Versorgungslage machen sich bemerkbar, der Hohenhardter Hof zwischen Baiertal und Schatthausen (heute Golfplatz) wird zu diesem Zwecke gepachtet. Die Vorkommnisse insbesondere in Wiesloch führen derweil zu Diskussionen im badischen Landtag.

Untersuchungskommission besucht die Anstalten

In der Folge begutachtet eine eigens einberufene Kommission aus Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Parteien die 5 badischen Heil- und Pflegeanstalten, um sich ein Bild über die dort vorherrschenden Bedingungen für Personal wie Patienten zu machen. Auch in den anderen badischen Anstalten wurden seitens des dortigen Personals Forderungen erhoben, jedoch waren die Auswirkungen deutlich geringer, die Kollegen in den anderen Anstalten distanzieren sich derweil von den Wieslocher Aufständischen, sie wollen „nicht mit den Wieslocher Kollegen auf eine Stufe gestellt werden“. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Besuche der Untersuchungskommission in den Anstalten Emmendingen, Illenau, Reichenau sowie der reinen „Verwahranstalt“ Pforzheim, jeweils einen bis zwei Tage andauern, die Kommission in Wiesloch jedoch über eine Woche verweilt, was auf die besondere Situation in Wiesloch hinweist. In dem Abschlussbericht der Kommission werden vor allem Verfehlungen der Wieslocher Belegschaft beanstandet. Letztendlich führt der Bericht der Kommission zu einer Sondersitzung des badischen Landtages im Juli 1920.



Hitze Diskussion im badischen Landtag

Am 1. Juli 1920 kommt es zu einer Sondersitzung des Landtages, in der die Situation der Heil- und Pflegeanstalten diskutiert werden soll, Grundlage hierfür bereitet der Abschlussbericht der Kommission. In einer hitzig geführten Diskussion sind die Vorkommnisse in Wiesloch Anlass, um über Moral, Sittlichkeit und Einstellung zur Arbeit zu streiten.

Konservative Kreise sehen die Schuld für die Unruhen in Wiesloch alleine beim „unstatthaften“ und Personal und weisen darauf hin, dass das Personal von besonderer Güte sein muss.

„Wenn man sich Krankenpflegerin nennen will, muss man wissen, dass man nicht Fabrikmädel und auch nicht Kellnerin ist“; es bedarf an Herz für die Arbeit, Opferbereitschaft, Mitleid und Barmherzigkeit für die Kranken sowie Selbstentsagung bis fast zur Selbstleugnung. Sie sollen das „Dienen in den Vordergrund stellen und nicht das Verdienen, die Entlohnung, die sie dafür erhalten, als die Hauptsache ihrer Arbeit erscheinen lassen.“

Man hält eine „gewisse religiöse Grundlage für nötig“ und man solle bei der Personalbeschaffung bereits besonderen Wert auf die religiöse Sittlichkeit legen.

(Zitate: Abg. Fehn / Zentrum)

Sozialdemokratische Kreise kritisieren diese Haltung. Es wird als Angriff auf das Proletariat empfunden, indem davon ausgegangen wird, dass nicht religiös gesinntes Personal nur geldgierig sei und zur Verrohung neigen würde. Sie verweisen indes darauf, dass es seit jeher Probleme zwischen Personal und Führung in der Wieslocher Anstalt und die Anstaltsleitung an der Situation mitverantwortlich sei:

„Ich wage zu behaupten, daß wir, wenn das gesamte Personal in Wiesloch jetzt entlassen und dafür neues eingestellt würde, solches, von dem wir glauben, daß es das richtige sei, in einem Jahre in diesem Hause wieder eine Unterhaltung über Differenzen mit dem Personal in Wiesloch führen müssen. Es kommt eben auch darauf an, wie man es versteht mit dem Personal zu verkehren. Es kommt darauf an, ob man vergessen kann, was einstmals gewesen ist und ob man über diese Dinge hinwegkommt.“ (Zitat: Innenminister Remmele – Sozialdemokratie).

Nachwirkungen der Wieslocher Revolution

Im Hintergrund der sozialen Gesetzgebung der Weimarer Republik werden erste reformpsychiatrische Ansätze verfolgt und vielschichtige Verbesserungen für das Personal in den Heil- und Pflegeanstalten der neuen Republik erreicht.

Die Arbeitszeit wird in allen badischen Anstalten von über 80 auf 52 Wochenstunden drastisch reduziert. Zum Ausgleich der fehlenden Arbeitszeit werden in Wiesloch 96 Pflegerinnen und Pfleger eingestellt, was einer Aufstockung des Personals um 31,5% entspricht. Dem Personal werden bis zu 84 freie Tage pro Jahr zugestanden, ein Plus von ca. 25 bis 30 Tage. Für verheiratete Wärter wird der Kost- und Logiszwang aufgehoben, sie dürfen nunmehr mit ihrer Familie auch außerhalb des Anstaltsgeländes wohnen.



Krankenpflegeschool Prüfungs-kurs 1929. Vorne links: Anstaltsleiter Dr. Adolf Gross.

In der Anstalt Illenau bei Achern wird bereits im Jahr 1920 eine zentrale Wärterschule eingerichtet, in Wiesloch werden ab 1922 zunächst ausschließlich Wärterinnen, später dann auch Wärter

ausgebildet. Dadurch erhält der Pflegeberuf in der Psychiatrie eine Aufwertung, was nicht zuletzt daran erkennbar ist, dass von nun an die Wärter als Pfleger bezeichnet werden.

Zudem organisieren sich während und nach der Wieslocher Revolution viele Wärter und Wärterinnen, indem sie sich eine der beiden konkurrierenden Gewerkschaften anschließen, welche die Interessen der „Irenpflege“ vertreten. Einige die zuvor bereits in der konservativ-christlichen Gewerkschaft organisiert waren, treten dabei in die „der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaft“ über.

Personalversetzungen

Der ausgemachte Rädelsführer des Wieslocher Aufstandes, Wärter Fahrlacher, wird in beiderseitigem Einvernehmen aus der Anstalt versetzt. Die Wohnungsnot Anfang der 20er Jahre bringt jedoch den Umstand mit sich, dass Fahrlacher noch über Monate hinweg in der Anstalt weiter wohnen „muss“, da für ihn und seine Familie keine geeignete Dienstwohnung gefunden werden kann, was vor allem für die Klinikleitung untragbar gewesen sein muss.

Anstaltsdirektor Fischer hingegen verblieb in der Anstalt bis zu Eintritt in sein Rentenalter im Jahr 1927, ging dann jedoch eher unfreiwillig. Er selbst hat sich angeboten, auf Grund eines fehlenden Nachfolgers sein Amt noch weiter ausführen zu wollen. Die badische Landesregierung hat ihn dennoch in Ruhestand geschickt, wohl auch auf Grund des autoritären Charakters Fischers. Sein Nachfolger wurde der Anstaltsdirektor der Emmendinger Anstalt Dr. Adolph Groß, der bei der dortigen Belegschaft sehr beliebt gewesen ist.

Fazit

Forderungen nach Verbesserungen wurden nicht nur in Wiesloch laut, auch in den 4 anderen badischen Anstalten wurden seitens des Personals Forderungen erhoben. Jedoch wurden die Proteste in Wiesloch in Form der Demonstration vom 9. Januar sehr laut und radikal formuliert und beeinträchtigten danach noch über Monate hinweg den regulären Anstaltsbetrieb. Die seit Jahren brodelnden Differenzen zwischen Anstaltsleitung und Personal führten zudem zu der harschen Forderung nach der Absetzung des Direktors Fischers und der Oberwärters Neubecks.

Fischer war eine Koryphäe in Sachen Anstaltsbau, errichtete unter großer Schwierigkeiten die Anstalt Wiesloch und publizierte in seiner Wieslocher Zeit auch viele wissenschaftliche Texte. Angesichts der Größe der Anstalt und den schwierigen wirtschaftlichen Umständen, insbesondere während dem 1. Weltkrieg, scheint Fischer mit der Personalführung überfordert gewesen zu sein.

Vor dem Hintergrund der sozialen Gesetzgebung der Weimarer Republik werden auch viele der Forderungen, die während der Wieslocher Revolution erhoben wurden, zumindest zum Teil umgesetzt. Während der Revolution von 1918/19 kämpften Arbeiter in allen Bereichen der Wirtschaft und Industrie für Verbesserungen, aber auch in in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Sanatorien und Heil- und Pflegeanstalten. Die Aufstände in Wiesloch sind dabei als ein sehr lautes Mosaik zu sehen.

Dass nicht alle über die Verbesserungen erfreut waren, zeigt eine Bemerkung Fischers über die Auswirkungen der Wieslocher Revolution in dem Jahresbericht 1920:

„Die geringe tägliche Arbeitszeit des gesamten Anstaltspersonals und des Pflegepersonals im besonderen führt naturnotwendig entweder zur ungesunden Verwendung der reichlichen Freizeiten oder zu übermäßigen Betätigungen in eigenen Interessen und Geschäften, beides mit der Folge der Schlawheit im Dienst und der Interessenslosigkeit am Dienst.“

(Aus dem Jahresbericht 1920 der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, Max Fischer)